

Ein Verband wie die Schweiz

Autor(en): **Franc, Andrea**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **100 (2020)**

Heft [2]: **150 Jahre Economiesuisse**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-914527>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

1 Ein Verband wie die Schweiz

Economiesuisse ist der weltweit älteste nationale Unternehmerverband und steht exemplarisch für die langfristig gewachsene, auf starken Institutionen beruhende politische Kultur der Schweiz.

von *Andrea Franc*

Die Eröffnungsfeier des Suezkanals im März 1869 bildete den Auftakt zur sogenannten ersten Globalisierung, die mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Juli 1914 ein abruptes Ende fand. Europa erlebte ein geradezu friedliches Jahrhundert, das mit dem Ende der napoleonischen Kriege und dem Wiener Kongress 1815 begonnen hatte. Viele Schweizer Kantone hatten sich um 1830 neue Verfassungen gegeben und darin nicht nur die allgemeine Schulpflicht, sondern auch die Handels- und Gewerbefreiheit verankert. Damit legten die Kantone die Grundsteine nicht nur für die industrielle Revolution, sondern auch für den Triumph des Liberalismus in der Schweiz. Nicht nur zahlreiche Industriebetriebe entstanden, sondern auch Handelsgesellschaften, Banken und Versicherungen. Nach 1869 ermöglichte der Suezkanal europäischen Handelsschiffen den direkten Zugang zum Indischen Ozean und löste eine Transportrevolution aus. Bis zum Ersten Weltkrieg schwoll der Welthandel auf nie gesehene Ausmasse an und der Lebensstandard in den Industrieländern verbesserte sich rasant.

Zur Schweizer Delegation an der Eröffnungsfeier des Kanals in Suez gehörte auch der Inhaber der Spinnerei Nieder töss und liberale Zürcher Kantonsrat Heinrich Rieter (1814–1889). Der Schweizer Bundesstaat war erst vor kurzem, im Jahr 1848, gegründet worden. Vom Bundeshaus in Bern stand damals gerade mal der Westflügel und ein unterdotiertes Sekretariat war dort für die gesamte Aussenwirtschaft zuständig. Die umliegenden Nachbarstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn waren noch Kaiserreiche. Der föderale Schweizer Verfassungsstaat war neu, europaweit ein Unikum und es fehlte eine ausgebaute Bundesverwaltung. Niemand war in Bern zuständig, um rasch auf die Bedürfnisse einer Handels-, Industrie- und Dienstleistungswirtschaft zu reagieren, die auf Graswurzelebene der Kantone entstanden, aber zunehmend global ausgerichtet war.

So ist zu erklären, dass ausgerechnet in der Schweiz der erste nationale Unternehmerverband der Welt entstand. In Deutschland gründeten Industrielle Ende der 1870er Jahre einen Zentralverband, der aber nicht von Dauer war. Auch ein 1899 gegründeter niederländischer Verband hielt nur kurze

Zeit. In der Schweiz – mangels Monarchie und dementsprechend ausgebauten Verwaltungsapparats – mussten sich die Unternehmer selber helfen. «Von den Bundesbehörden ist gar nichts nach dieser Richtung zu erwarten; der schweiz. Fabricanten- und Handelsstand soll daher den Muth haben, selbst Hand ans Werk zu legen», schrieb etwa das Kaufmännische Directorium St. Gallen 1878.

Schweizer Unternehmer als Diplomaten

So war es für das 19. Jahrhundert typisch, dass Heinrich Rieter – Industrieller, Kaufmann, Politiker und Diplomat in einem – auf dem Rückweg von Suez über Konstantinopel, das heutige Istanbul, reiste. Die dortige Auslandschweizergemeinde war auf mehrere hundert Personen angewachsen, insbesondere die Glarner Textilindustrie schickte ganze Familien nach Konstantinopel, um sogenannte Türkentüchlein zu verkaufen. Aber auch Eisenbahningenieure und gleich drei Schweizer Versicherungen waren im Osmanischen Reich aktiv. Einzig eine konsularische Vertretung fehlte und die Schweizer Kaufleute mussten ad hoc selbst als diplomatische Delegation beim Sultan vorstellig werden.

Was Heinrich Rieter in Konstantinopel beobachtete, war die Regel für Schweizer Unternehmer während der ersten Globalisierung. Nicht nur in ganz Europa, auch im Osmanischen Reich, in Asien, in den USA und insbesondere in den noch jungen Staaten Lateinamerikas lebten über 300 000 Auslandschweizer, die Schweizer Textilien, Uhren, Versicherungen oder Eisenbahnbau auf den Weltmarkt brachten. Einmal vor Ort, tätigten die Schweizer Kaufleute auch Investitionen. Der Glarner Bauernsohn Peter Jenny (1824–1879), der in Singapur und auf den Philippinen Textilien verkaufte, gründete sein eigenes Geschäft in Manila und stieg in den Tabak- und Zuckerhandel ein. Wie viele Schweizer Kaufleute in aller Welt amtierte Jenny im gleichen Zug notwendigerweise auch noch als Schweizer Konsul auf den Philippinen.

Peter Jenny weilte 1869 in der Schweiz und schrieb an das Kaufmännische Directorium St. Gallen. Dieses war die bekannteste und älteste Handelskammer der Schweiz. Gegründet in



Arbeiterinnen einer Glarner Textilfabrik beim Batikdruck, fotografiert von Hans Witschi / ETH-Bibliothek Zürich / CC BY-SA 4.0.

den 1630er Jahren, lässt sich der Verband sogar noch auf die mittelalterliche Gesellschaft zu Notenstein zurückführen. Im Hinblick auf den doch sehr harzigen Ausbau der Bundesverwaltung nach der Gründung des Bundesstaats 1848 sollten die kantonalen Handelskammern doch in Betracht ziehen, ebenfalls mit einer Stimme in Bern auftreten zu können, fand Jenny. Es stand etwa die Aushandlung von Staatsverträgen mit Österreich-Ungarn und Persien an. Doch während Kaufleute der Schweizer Kantone zwar mit dem Osmanischen Reich, den Philippinen oder mit Brasilien Handel trieben, wussten sie nicht, in welchen Kantonen der Schweiz es überhaupt Handelsvereine gab! Und war der Kontakt mit einer Handelskammer einmal hergestellt, so äusserten sich diese nicht immer wohlwollend gegenüber der Idee eines nationalen Dachverbands. Vor allem die Waadtländer, die erst 1803 – nach einem blutigen Konflikt – ihre Unabhängigkeit vom Staat Bern erlangt hatten, waren stets misstrauisch, aber auch die Genfer sahen noch bis in die 1880er Jahre in einer nationalen Unternehmervvertretung nur «überflüssiges Räderwerk».

Vorort: Rotationsprinzip nach Vorbild der Tagsatzung

Nach einem ersten Treffen im November 1869 in Bern, an dem einige kantonale Handelskammern zwar vergessen gingen, dafür aber Kleinstverbände wie etwa die Société industrielle et commerciale der Stadt La Chaux-de-Fonds oder der Fabrikanten-Verein Zofingen teilnahmen, einigten sich die Anwesenden doch auf die Gründung eines nationalen Dachverbandes. Als Kompromiss wählten die Unternehmer jedoch die Geschäftsführung per Rotationsprinzip – wie in der Tagsatzung der Eidgenossenschaft vor 1848 sollte ein Kanton jeweils als «Vorort» walten. Nach der offiziellen Vereinsgründung mit der Unterzeichnung der Statuten im März 1870 in Bern bürgerte sich rasch die Bezeichnung Vorort für den Schweizerischen Handels- und Industrieverein ein. Der Name wurde vom Verein bis ins Jahr 2000 und bis zur Umbenennung in Economiesuisse beibehalten, manche Schweizer Politiker sprechen auch heute

noch, 20 Jahre nach der Fusion mit der Wirtschaftsförderung, schlicht vom Vorort.

Bis 1882 übernahm jeweils eine andere kantonale Handelskammer für zwei Jahre den Vorort. 1878 stellte der Verband einen Sekretär ein, die operative Leitung übernahm jeweils der Vizepräsident. Nachdem in der Bundesverwaltung das Handelssekretariat in eine Handelsabteilung ausgebaut worden war, gehörte dessen Direktor dem Vorort an. Interessanterweise führte der Direktor der Handelsabteilung Ernst Wetter (1877–1963) anschliessend in der Funktion des Vizepräsidenten des Vereins die Geschäfte des Vororts. Als Wetter 1938 in den Bundesrat gewählt wurde, ernannte der Vorort 1939 erstmals einen Direktor, den bisherigen Sekretär Heinrich Homberger (1896–1985). Noch bis in die 1970er Jahre arbeiteten weniger als zehn Mitarbeiter am Sitz des Vororts an der Börsenstrasse 26 in Zürich.

Über 100 Jahre ohne öffentliche Kommunikation

Das heutige Bild des mächtigen Unternehmerverbands, der hinter den Kulissen die Fäden zieht, dürfte nicht zuletzt damit zu tun haben, dass der Vorort während den ersten hundert Jahren seines Bestehens nicht an die Presse herantrat. Erst im Jahr 1973 erstellte der Vorort erstmals ein «Informationskonzept» und begann, kurze, trockene Pressemitteilungen herauszugeben. Zudem gehörte der Vorortsdirektor im 20. Jahrhundert der «Ständigen Wirtschaftsdelegation» an, der wohl einflussreichsten und zugleich verschwiegensten Zusammenkunft in der Schweizer Wirtschaftspolitik, die tatsächlich hinter verschlossenen Türen stattfand und nicht protokolliert wurde. Tatsächlich war aber gerade die «Ständige» der Ausdruck der gewandelten Machtverhältnisse in der Schweiz. Mit der auf den Landesstreik von 1918 folgenden Proporzwahl im Jahr 1919 änderten sich die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat. Der 1879 gegründete Schweizerische Gewerbeverband, der 1881 gegründete Schweizerische Gewerkschaftsbund und der 1897 gegründete Schweizerische Bauernverband bildeten nun gemeinsam mit dem Vorort die Gruppe der Spitzenverbände.

Dank dem Proporz waren nach 1919 Bauern, Handwerker und Arbeiter gegenüber den Unternehmern des Freisinns ausgeglichener in der Bundesversammlung vertreten. Die Krisen- und Kriegswirtschaft der 1930er und '40er Jahre verstärkte die Bedeutung der Spitzenverbände, zu denen im 20. Jahrhundert auch noch der Schweizerische Arbeitgeberverband hinzukam. Mit jeder weiteren staatlichen Kontrolle, die der Bund im Aussenhandel einfuhrte, erhielten die Verbände zusätzliche Aufgaben. Während des Zweiten Weltkriegs logierte Vorortsdirektor Heinrich Homberger im Hotel Schweizerhof in Bern und stand in Kontakt mit dem Vorortspräsidenten Hans Sulzer (1876–1959), der im Ministerrang in London mit den Alliierten über die Ein- und Ausfuhr in die Schweiz verhandelte. Zahlreiche weitere Vorstandsmitglieder des Vororts leiteten derweil Sektionen des Kriegs-Industrie-Amtes oder des Kriegs-Ernäh-

Economiesuisse ist der Dachverband der Schweizer Unternehmen. Kantonale Handelskammern gründeten auf Initiative der Glarner 1870 den Schweizerischen Handels- und Industrieverein. Eine kantonale Handelskammer führte jeweils im Rotationsprinzip die Geschäfte und wurde daher «Vorort» genannt – wie es im eidgenössischen Staatenbund bis 1848 üblich war. Im Jahr 2000 fusionierte der Vorort mit der 1943 gegründeten Gesellschaft zur Förderung der Schweizer Wirtschaft zu Economiesuisse.

«Ein Blick zurück auf die Anfänge von Economiesuisse kann uns nur lehren, dass Unternehmergeist und Freiheitsverständnis letztlich nicht zu trennen sind.»

Andrea Franc

rungs-Amts. Das Volk verewigte die Bedeutung der Wirtschaftsverbände nach dem Krieg 1947 mit der Annahme der sogenannten Wirtschaftsartikel. Diese schrieben das Vernehmlassungsverfahren bei den Wirtschaftsverbänden in die Bundesverfassung. Gleichzeitig tagte die «Ständige» auch nach dem Krieg mehrmals pro Jahr. Es war der Staatssekretär des Bundesamts für Aussenwirtschaft, der jeweils die «Ständige» einberief. Die Direktoren, Generalsekretäre und Präsidenten der Spitzenverbände waren in der Regel sehr lange im Amt und sahen Nationalräte und Bundesräte kommen und gehen.

Die Hauptarbeit des Vororts fand somit bis zur Abschaffung der «Ständigen» durch Bundesrat Pascal Couchepin im Hintergrund und in der politischen Konsenskultur statt. Verhandlungen, Vernehmlassungen, Umfragen bei den eigenen Mitgliedern sowie die Ausarbeitung von Handelsabkommen waren das Alltagsgeschäft. In die Presse gelangte diese Arbeit lange Zeit nicht. Kein einziges Mal wurde der Name des Vorortsdirektors Heinrich Homberger während der Kriegszeit etwa in der «Neuen Zürcher Zeitung» erwähnt.

Auf den liberalen Aufbruch...

Als eine Gruppe Publizisten und Geschäftsleute 1943 die Gesellschaft zur Förderung der Schweizerischen Wirtschaft bildeten, die lautstark und pointiert in der Öffentlichkeit gegen Staatswirtschaft und Kommunismus eintrat, war dies für den Vorort eine Hypothek. Vorortspräsident Hans Sulzer gründete im selben Jahr das Institut für Auslandsforschung (IAF) an der Universität Zürich und engagierte sich lieber für die Gründung einer internationalen Gesellschaft für die Erneuerung des Liberalismus. Bereits vor Kriegsausbruch 1939 hatte Sulzer den österreichischen Ökonomen und späteren Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek nach Zürich zu einem Vortrag eingeladen. Im Oktober 1945 kam Hayek erneut nach Zürich und traf sich mit Sulzer. 1947 gründeten Hayek und weitere liberale Ökonomen aus aller Welt in der Schweiz die Mont Pèlerin Society, der nicht nur Sulzer, sondern auch der spätere Vororts-

direktor Gerhard Winterberger angehörten. Das IAF lud die bekanntesten Ökonomen derweil zu Vorträgen ein, darunter beispielsweise auch in den 1950er Jahren Milton Friedman. Bis heute gehören Economiesuisse-Vorstandsmitglieder dem Kuratorium des IAF an.

Die «Schweizer Monatshefte» wurden für die Mitarbeiter des Vororts ab den 1940er Jahren zur Plattform für Grundsatzartikel, als das Magazin zum Sprachrohr der Vertreter der sozialen Marktwirtschaft wurde und etwa zahlreiche Artikel des Ökonomeprofessors Wilhelm Röpke (1899–1966) publizierte, der aus dem Exil in Genf eine Nachkriegsordnung skizzierte. Dies unter der Leitung des Juristen Fritz Rieter (1887–1970), eines Nachkommens von Heinrich Rieter, der 1869 in Suez dem Auftakt zur ersten Globalisierung beigewohnt hatte.

...folgt das Unbehagen im Kleinstaat

Bis zu Beginn der 1970er Jahre blieb das Verhältnis zwischen Vorort und der Wirtschaftsförderung angespannt. Erst als die Schweizer Unternehmen nach dem globalen Umbruchjahr 1968 in der Öffentlichkeit stark unter Beschuss kamen, regte sich beim Vorort langsam die Erkenntnis, dass die Schweizer Bürgerinnen und Bürger in den wohlstandssatten 1970er und '80er Jahren neue Prioritäten setzten: Umweltschutz, Konsumentenschutz, Entwicklungshilfe, Schutz der Kleinbauern und der Ausbau des Sozialstaats. Das Bild der Schweizer Konzerne in der Öffentlichkeit wandelte sich von den stolzen Pfeilern der Landesversorgung praktisch über Nacht zum «heimlichen Imperium». Das «Unbehagen im Kleinstaat» der Schweizer Intellektuellen, wie es der Germanist Karl Schmid bereits 1964 benannt hatte, manifestierte sich in einem Unbehagen gegenüber den Schweizer Konzernen. Mehrere tausend Personen unterschrieben im Laufe der Jahre 1968 und 1969 das entwicklungspolitische Manifest «Die Erklärung von Bern», während gleichzeitig das Buch «Das heimliche Imperium: wie die Schweiz reich wurde» des «Weltwoche»-Redaktors Lorenz Stucki mehrere Neuauflagen erfuhr.

Der Vorort wurde von diesem intellektuellen Umschwung völlig überrumpelt. Nebst dem Alltagsgeschäft wie etwa der Aushandlung des Freihandelsvertrags mit der Europäischen Gemeinschaft von 1972 begannen Gerhard Winterberger (1922–1993), Vorortsdirektor ab 1970, und Richard Reich (1927–1991), der neue Direktor der Wirtschaftsförderung und Redaktor bei den «Schweizer Monatsheften», mit einer Erneuerung des liberalen Denkens in der Schweiz. Der «Wirtschaftsfeindlichkeit» in der Bevölkerung sollte die Ablehnung und Angst vor den Unternehmen genommen werden und der Vorort rief seine Mitglieder dazu auf, sich in Zeitungsartikeln, mit Tagungen der offenen Tür und der Teilnahme an Podiumsdiskussionen der kritischen Bevölkerung zu stellen. 1979 gründete eine Gruppe Unternehmer das – heute noch bestehende – Liberale Institut in Zürich, wo später auch die Redaktion der «Schweizer Monatshefte» angesiedelt war. Und der Vorort rief seine Mitglieder auf, die «Monatshefte» zu unterstützen:

«Die «Monatshefte» setzen sich für eine liberale Position in Politik, Wirtschaft und Kultur ein. Sie haben sich seit jeher für eine freie Wirtschaft als Eckpfeiler der freiheitlichen Gesellschaftsordnung eingesetzt. Würde diese Stimme verstummen, so wäre in grundlegenden Auseinandersetzungen das freiheitliche Gedankengut um einen Vorkämpfer ärmer. Insbesondere möchten wir auf die Funktion der «Schweizer Monatshefte» als Medium für Grundsatzartikel hinweisen, die in der Tagespresse nicht ohne weiteres einen Platz finden würden.»¹

Die «zweite Globalisierung»

Gleichzeitig versäumte es der Vorort jedoch, die tatsächlichen liberalen Reformen voranzutreiben – die Schweiz der 1980er Jahre war ein Land der Kartelle, der stillen Reserven und des Bankgeheimnisses. Zahlreiche Industriebetriebe bestanden zwar seit einem Jahrhundert, hatten aber die strukturellen An-

Zwischen Economiesuisse und dem «Schweizer Monat» besteht eine sehr enge Verbindung, die sich passenderweise auf etwa 150 Artikel aus der Feder von Exponenten des Verbands beziffern lässt. Als «Schweizer Monatshefte» 1921 gegründet, wurde das Magazin in den 1940er Jahren zur Plattform für liberale Ökonomen und Denker. Die engste Verbindung bestand in den 1970er und '80er Jahren, als Richard Reich, der Direktor der Wirtschaftsförderung, gleichzeitig als Redaktor bzw. Präsident der «Schweizer Monatshefte» amtierte. Alle diese 150 Artikel sind online verfügbar und direkt zugänglich unter www.schweizermonat.ch/vorort.

passungen für das kommende neue Zeitalter der Globalisierung verpasst. Bereits vor dem Schock des EWR-Neins durch das Volk im Dezember 1992 wurden die Vorortsdirektoren Gerhard Winterberger und Kurt Moser heftig von jungen Ökonomen wie Beat Kappeler und Silvio Borner gezielt dort angegriffen, wo es jedem Vorortsdirektor am meisten wehtat: Sie forderten statt einer konservativen Bewahrung des Status quo eine wahre Liberalisierung der Schweizer Volkswirtschaft. Aus den eigenen Reihen löste David de Pury, Diplomat und Verwaltungsratspräsident des Industriekonzerns Asea Brown Boveri, mit seinem Weissbuch «Mut zum Aufbruch» 1994 einen Aufbruch aus. Die «zweite Globalisierung», die mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 eingesetzt hatte, führte zu einem schmerzhaften Aufbruch im schweizerischen Binnenmarkt. Das Swissair-Debakel, das auch im Vorort personelle Konsequenzen nach sich zog, bestätigte lediglich den dringend nötigen Reformbedarf der Schweizer Wirtschaft.

Die Fusion des Vororts mit der Wirtschaftsförderung im Jahr 2000 war somit die gegen aussen sichtbare Standortbestimmung der Schweizer Unternehmen. Die Wirtschaftsförderung hatte sich seit Beginn der 1970er Jahre ihrer antikommunistischen Kalte-Kriegs-Mentalität entledigt und eine Kurve in Richtung einer weltoffenen, marktfreundlichen und durchaus modernen Liberalität genommen. Dies manifestierte sich nicht zuletzt in der Person der Ökonomin Martine Brunschwig Graf, die 1978 als Mitarbeiterin zum Büro Genf der Wirtschaftsförderung stiess und dessen Leitung übernahm, bevor sie 1991 für die Liberalen in den Regierungsrat des Kantons Genf gewählt wurde. Bei den Mitarbeitern des Vororts in Zürich war nach dem Fall der Berliner Mauer 1989, dem EWR-Nein, dem neuen Kartellrecht, den Änderungen im Börsenrecht und der Öffnung im Energie- und Telekommunikationsmarkt eine Fusion mit der Wirtschaftsförderung ebenfalls unbestritten. So arbeiteten die beiden Vereine bereits gemeinsam im neuen Haus der Wirtschaft an der Hegibachstrasse 47. Im September 2000 wurde dann in Lausanne der neue Verband Economiesuisse aus der Taufe gehoben. Ausgerechnet einer der ehemals schärfsten Kritiker des Vororts, Beat Kappeler, moderierte den Anlass. Zu den Aufgaben des neuen Verbandes gehörten nun auch Kommunikation und Kampagnen. Die Aufgabe des Think Tanks, wie es der Vorort und später die Wirtschaftsförderung und der Vorort spontan übernommen hatten, wurde offiziell einer eigenen Organisation übertragen.

Generationenwandel

Im gleichen Jahr 2000 finanzierte eine Gruppe Schweizer Unternehmen einen Think Tank namens Avenir Suisse. Getrennt von Economiesuisse, jedoch in der Bevölkerung oft verwechselt, kümmert sich Avenir Suisse nicht um das politische Alltagsgeschäft, sondern regt mit Grundsatzdebatten und Studien die öffentliche Diskussion an. Seit 2014 teilen sich Avenir Suisse und die Redaktion des «Schweizer Monats» die Büroräumlich-

keiten, so dass unter diesen liberalen Institutionen der Austausch gewährleistet ist. Junge Unternehmer, Politiker und Mitarbeiter von liberalen Institutionen – manche von ihnen mit Migrationshintergrund – praktizieren eine selbstbewusste, weltoffene Liberalität, die das Zeitalter der zweiten Globalisierung widerspiegelt. Wie die Schweizer Unternehmer der 1870er Jahre hat diese neue Generation des 21. Jahrhunderts in Asien, den USA oder zumindest in London oder Berlin gearbeitet und sich dem globalen Wettbewerb gestellt.

Damit löst sie eine Generation Schweizer Wirtschaftsvertreter ab, die es sich in der sogenannten Schweiz AG in Kartellen, mit Doppelpmandaten und in ausschliesslich mit Schweizern besetzten Verwaltungsräten zu bequem gemacht hatten. Das Verhalten einiger dieser Generation – nicht zuletzt Salär- und Bonusexzesse – hat die Mühlen der wachstums- und industriekritischen Bewegung angetrieben. Doch auch abgesehen vom exzessiven Verhalten gewisser Wirtschaftsvertreter hatte sich nach 1968 bei den Schweizer Unternehmern eine Verunsicherung eingeschlichen: «(...) fehlendes Selbstvertrauen, Verunsicherung der eigenen Funktion oder sogar schlechtes Gewissen, hervorgerufen durch industriefeindliche Reaktionen in der Öffentlichkeit oder durch Agitation», hatte Gerhard Winterberger festgestellt. Die neue Generation tritt jedoch mit einem intakten Selbstbewusstsein in den globalen Wettbewerb.

Economiesuisse, die Speerspitze der Schweizer Unternehmen, muss dieser neuen Generation den Rücken stärken. Der Verband wird in Zukunft nicht darum herumkommen, sich mit Nachdruck für eine Leistungsgesellschaft auszusprechen. Seit der Ära Winterberger haben Wachstumskritik und eine Hinterfragung des Leistungsprinzips in einer übersättigten Konsumgesellschaft ein mediales Klima geschaffen, das Unternehmer, wenn nicht Leistung an sich, unter Pauschalverdacht stellt. Wo Wirtschaftswachstum als Problem gilt, werden Unternehmer zu vorsätzlichen Tätern. Auch der Duktus des Vororts bzw. der Economiesuisse hat sich diesem Klima in den vergangenen Jahrzehnten unmerklich angepasst. Die Fragilität des Leistungsprinzips in der Wohlstandsgesellschaft hat Gerhard Winterberger zu Beginn der 1970er Jahren luzide erfasst:

Wer wider die Leistungsgesellschaft angeht, sollte sich im klaren sein, dass die gegenwärtige und künftige Generation ihre Ansprüche auf höheres Einkommen, Altersrenten und Krankenvorsorge massiv reduzieren müsste. Ohne leistungsfähige Wirtschaft, ohne präzise Arbeit in Schule, Büro und Werkstatt gibt es keinen Wohlstand und keine soziale Sicherheit und schliesslich auch keine echte Freiheit für unseren Kleinstaat, dessen Unabhängigkeit nicht zuletzt eine Funktion der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft darstellt.²

Ein Blick zurück auf die Anfänge von Economiesuisse kann uns nur lehren, dass Unternehmmergeist und Freiheitsverständnis letztlich nicht zu trennen sind. ◀

Chronik

Ca. 1630	Gründung erste Handelskammer der Schweiz: Kaufmännisches Directorium St. Gallen
1870	Gründung Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort)
1878	Anstellung Sekretär
1879	Beitritt erster Branchenverband (Schweizerischer Spinnereiverband)
1919	Umstellung eidgenössisches Wahlsystem zum Proporz, Vorort verliert starke Vertretung in Nationalrat
1939	Vorort ernennt erstmals einen Direktor zur Geschäftsführung
1943	Gründung Wirtschaftsförderung
1947	Annahme der «Wirtschaftsartikel» in der Bundesverfassung (Vernehmlassungsverfahren)
1973	Vorort erstellt Informationskonzept und tritt erstmals an die Öffentlichkeit
Ab 1989	Liberalisierungsschritte, u.a. Börsengesetz (1995), Wettbewerbsrecht (1996), Fernmeldegesetz (1997)
2000	Fusion mit der Wirtschaftsförderung zu Economiesuisse, Gründung Avenir Suisse

Gründungsjahre von liberalen Institutionen in der Schweiz

1780	Neue Zürcher Zeitung
1870	Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort)
1921	Schweizer Monatshefte (seit 2011: Schweizer Monat)
1943	Wirtschaftsförderung, Institut für Auslandforschung
1947	Mont Pèlerin Society
1979	Liberales Institut
2000	Avenir Suisse, Fusion Vorort und Wirtschaftsförderung zu Economiesuisse

¹ Aktion zugunsten der «Schweizer Monatshefte», 15.12.1981.

² Gerhard Winterberger: Das Bild der Industrie in der Öffentlichkeit, Referat, gehalten an der Generalversammlung des Kaufmännischen Directoriums, St. Gallen, am 8. Juni 1972.

Andrea Franc

ist habilitierte Wirtschaftshistorikerin. Sie verfasst zum 150-Jahr-Jubiläum von Economiesuisse ein Buch, das im September 2020 erscheinen wird.